

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Nitzsche, Berlin.  
Telefon: Karl Diefel 4196/4198



**Anschrift für Verlag und Schriftleitung:**  
Berlin SW 61, Delle-Willemse-Platz 8  
Telefonanschrift: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 26. April 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

## Die Wahl in Württemberg.

Von Wilhelm Keil.

SPD. Das Ergebnis der Landtagswahl in Württemberg hat innerhalb des Landes ebenso wie ausserhalb überrascht. Mit Sicherheit war vorauszusehen, dass die seit 8 Jahren bestehende Rechtsregierung die Mehrheit einbüßen werde. Denn eine ihrer stärksten Stützen, der württ. Bauernbund, und die Deutsche Demokratische Partei, die sich vor zwei Jahren der Regierung angeschlossen hatte, musste mit starken Verlusten an die Nazi rechnen, die Deutsche Volkspartei, die gleichfalls zur Regierungskoalition gehörte, war der Gefahr ausgesetzt, völlig verschlungen zu werden, und die Deutschnationalen mussten froh sein, wenn sie den kleinen Rest, der ihnen vor vier Jahren verblieben war, zu retten vermochten.

Genau so ist es gekommen. Der Bauernbund hat von seinen seitherigen 15 Mandaten 6, die Demokratische Partei hat von 8 Mandaten 4, die Volkspartei hat ihre sämtlichen 3 Mandate und die Deutschnationalen haben von ihren 4 Mandaten eines an die Nazi abgetreten. Auch das Verschwinden der Volksrechtspartei, die seither 2 Sitze innehatte, und das Stehenbleiben des Christlichen Volksdienstes auf seinen 3 Mandaten gehörte zu den Wahrscheinlichkeiten. Insofern bedeutet das Ergebnis keine Ueberraschung. Beim Zentrum waren nur ganz kleine Veränderungen anzunehmen. Es hat zu seinem alten Bestand von 16 Mandaten ein Mandat gewonnen. Aber die Regierung hat nur noch 33 von 80 Abgeordneten hinter sich.

Die Ueberraschung beginnt bei dem Stärkeverhältnis der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten und zu den Kommunisten. Bei der letzten Landtagswahl vor 4 Jahren waren die Nazi noch bedeutungslos. Erst auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofes, dass eine gegen die Splitterparteien gerichtete Bestimmung des Wahlgesetzes verfassungswidrig sei, erhielten sie einen Sitz im Landtag. Ihr Aufstieg bei den Reichstagswahlen im September 1930 war in Württemberg viel schwächer als im Reichsdurchschnitt. Sie konnten daher bei beiden Präsidentenwahlgängen stark aufholen, bleiben aber auch jetzt mit ihrem Stimmenanteil noch beträchtlich hinter ihrem Anteil an den Stimmen im ganzen Reich zurück. Unter Berücksichtigung aller Umstände konnte man damit rechnen, dass sie bei der Landtagswahl 20 bis 22 % der Stimmen und Mandate bekommen und damit etwa die Stärke der Sozialdemokratie erreichen würden. Die 23 in den Landtag gewählten Nazi haben es aber auf 27 % der Stimmen gebracht, die Sozialdemokratie hat nur 16,7 % der Stimmen und 14 Abgeordnete gegen seither 21 bekommen, und die Kommunisten, die vor vier Jahren eine schwere Niederlage erlitten hatten, haben unter den für sie besonders günstigen Verhältnissen der Gegenwart zu ihren 6 Mandaten nur eines hinzugewonnen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Sozialdemokratie in Württemberg seit 8 Jahren in Opposition steht und eine Taktik geübt hat, die innerhalb der Partei keinerlei Kritik erfahren hat. Die Seydewitzgruppe hat deshalb auch nicht

einmal den Versuch gemacht, zu zeigen wie schwach sie in Württemberg ist.

Wie ist dies Ergebnis zu erklären? Der entscheidende Erklärungsgrund ist die flaue Wahlbeteiligung. Im ganzen Lande gingen nur 70 % der Wahlberechtigten zur Wahlurne gegen 79 % vor vier Jahren, als der Reichstag und der Landtag neu gewählt wurden. In den Arbeitergemeinden sinkt die Wahlbeteiligung vielfach auf 60 %, nicht selten sogar auf fast 50 %. In diesen Gemeinden gerade ist der stärkste Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen festzustellen, auch die Kommunisten haben hier Verluste aufzuweisen, die anderen Parteien dagegen haben ihre Wähler auf die Beine gebracht. Die Landeshauptstadt Stuttgart weist bei einer Wahlbeteiligung von 77 % ein relativ gutes Stimmenergebnis für die Sozialdemokratie auf, die hier mit 56 800 die stärkste Partei geblieben ist, während die Nazi sich mit 51 700 Stimmen begnügen mussten und die Kommunisten nur 33 400 bekamen. Die im Gesamtergebnis fehlenden sozialdemokratischen Wähler sind also nicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen könnte, zu den Nazi übergelaufen, sondern zu Hause geblieben.

Württemberg hat noch relativ erträgliche Wirtschafts- und Finanzverhältnisse. Die Arbeitslosenziffer liegt erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Es fehlte eine wirksame Wahlparole. Die Nazi machten die Verwirrten und Verzweifelten mobil mit ihrer Hetze gegen die "Marxistenherrschaft" in Preussen und im Reich. Die Kommunisten, für die auch in Württemberg die Sozialdemokratie der "Hauptfeind" war, erreichten den Erfolg, dass sie die ungefestigten Wähler kopfscheu machten. Die Landespolitik wird in den Mittel- und Kleinstaaten ohnedies vielfach als minderwertig bewertet. Die Gefahr einer Nazi Herrschaft bestand in Württemberg nicht. So war es also für viele Zehntausende, die bei Reichstagswahlen sozialdemokratisch wählen und bei der Präsidentenwahl unserer Parole folgten, das bequemste, durch Nichtbeteiligung an der Landtagswahl der Aufgabe, sich selbst schlüssig zu machen, auszuweichen. Die schwache Beteiligung der sozialdemokratischen Wähler steigerte den Stimmenanteil der Nazi.

Die Regierungsbildung ist nun auch in Württemberg nicht leicht. Ein Sturz oder ein Rücktritt der alten Regierung kommt nach der Landesverfassung jetzt nicht in Betracht. Der neugewählte Landtag hat sofort den Staatspräsidenten neu zu wählen, der die Minister ernennt. Für diese Wahl ist im ersten Wahlgang die absolute, im zweiten die relative Mehrheit erforderlich. Da die Sozialdemokraten mit 14, die Kommunisten mit 7 und die Nazi mit 23 zusammen über 44 von 80 Stimmen verfügen, ist eine sichere Dauermehrheit nur durch Beteiligung der Sozialdemokraten oder der Nazi zu bilden. Die Nazi werden, unterstützt von den Deutschnationalen, sofort zur Teilnahme an der Regierung bereit sein, wahrscheinlich aber nur unter der Bedingung, dass sie die Führung und die Innenverwaltung mit der Polizei bekommen. Diese Bedingung wird das Zentrum nicht erfüllen. Eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung aber wird schon an dem tiefen Gegensatz zwischen ihr und der Rechten scheitern. So dürfte es wohl zu dem Versuch kommen, für eine Minderheitsregierung sich von Fall zu Fall die Mehrheit zu suchen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, dass ein solcher Versuch auf die Dauer Erfolg hat, und darum wird schliesslich doch so oder so eine Lösung gefunden werden müssen.

-----  
SPD. Paris, 26. April (Eig. Drahtb.)

Die Radikalen werden bei der Stichwahl zur französischen Kammer überall da mit den Sozialisten zusammengehen, wo eine getrennte Stimmabgabe den Sieg eines reaktionären Kandidaten ermöglichen würde. Nach der Wahl aber kommt eine Zusammenarbeit zwischen Radikalen und Sozialisten in einer von den Radikalen gebildeten Regierung nicht in Frage. Das hat Herriot jetzt deutlich in einem Interview erklärt, das er dem Chefredakteur des "Matin" gewährte.

Auf die Frage des Chefredakteurs, ob die Radikalen bei einem etwaigen Wahlsieg die Sozialisten um ihre Beteiligung bei der Regierungsbildung bitten

oder ob sie ihnen den Krieg erklären würden, hat Herriot geantwortet: "Nein, ich werde nicht um ihre Unterstützung bitten. Das ist eine Operation, die man einmal in seinem Leben versucht, die man aber nicht ein zweitesmal unternimmt. Ich werde ihnen aber auch nicht den Krieg erklären, denn auch bei den Sozialisten gibt es vernünftige und regierungsfähige Leute, die wir nicht den Kommunisten in die Arme treiben dürfen."

Aus anderen Erklärungen massgebender Radikalen geht ebenfalls hervor, dass die Radikalen nach dem von ihnen erwarteten Wahlsieg nicht das Linkskartell wiederaufleben lassen, sondern mit den bürgerlichen Mittelparteien eine Konzentrationsregierung zu bilden versuchen werden.

-----

SPD. Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags befasste sich am Dienstag in Gegenwart massgebender preussischer Zentrumsmitglieder mit der politischen Lage nach den Landtagswahlen. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Das preussische Zentrum dürfte jedoch von sich aus keinerlei Schritte zur Neubildung einer Regierung unternehmen. Es scheint entschlossen, den Gang der Dinge in Ruhe abzuwarten bzw. sie an sich herankommen zu lassen.

+ + +

Entgegen anderslautenden Meldungen stellt die "Germania" in ihrer Mittwoch-Ausgabe fest, dass zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten bisher keine Verhandlungen begonnen haben und auch keine Fühlungnahme erfolgt sei. Weiter sei zu sagen, dass die Reise des Zentrumsführers Kaas nach Berlin bereits seit langem für diese Woche feststehe und ein ausserordentlicher preussischer Parteitag nicht geplant sei.

-----

SPD. London, 26. April (Eig. Drahtb.)

Das Pfund Sterling setzte am Dienstag in gleichmässigem Tempo seinen Kursrückgang gegenüber der Goldwährung fort, sodass es nur 15,30 Mark wert ist gegen 15,80 Mark noch vor kurzem. Die amtlichen Stellen tun nichts, um diesen Rückgang zu unterbrechen, obwohl sie im Besitz reichlicher Devisen sind. Man kann darin die Bestätigung dafür erblicken, dass die Regierung den Rückgang des Pfundes von dem in den letzten Wochen erreichten verhältnismässig hohen Kurs nicht ungern sieht.

Ein Ergänzungsantrag der Labour Party zu dem den Valuta-Ausgleichsfond ins Leben rufenden Teil des Budgetgesetzes ist von der Regierung ohne weiteres angenommen worden. Er macht es noch deutlicher als bisher, dass die Regierung für die englische Währungspolitik und infolgedessen für die Handhabung des Ausgleichsfonds verantwortlich sein soll. Diese hat sich naturgemäss wieder vor dem Parlament zu verantworten, in dem eine wachsende Strömung zu verzeichnen ist, die verlangt, dass England die Führung übernehmen soll bei einer Politik der Kreditexpansion zur Steigerung der Weltpreise.

-----

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Angeklagten der Kolonie Felsenack schält sich immer mehr eine in Prozessen gegen Nationalsozialisten ständig beobachtete Tatsache heraus: die ungewöhnliche, methodische Lügenhaftigkeit der vernommenen Angeklagten!

Von den sechs angeklagten Nazis haben bisher vier ausgesagt; immer wieder versuchen sich die aufs schwerste belasteten Totschläger auf die Notwehr-These zurückzuziehen. Indem sie sich bemühen, sich selbst reinzuwaschen, belasten sie allerdings in vorbildlicher "Kameradschaftlichkeit" ihre Komplizen. Der Nazi Knuth, der an dem Mord an dem Arbeiter Klemke beteiligt war,

will geschlagen worden sein und dann blindlings mit dem Koppel zurückgeprügelt haben. Auf den angeblichen "Angreifer" - es war der ermordete Klemke - stürzte dann, dies muss auch Knuth bekunden, eine grössere Anzahl Nazis, die ihr Opfer, das zu flüchten versuchte, nach allen Regeln der Nazikunst "fertig machten". Eine Nummer für sich ist der Kommunist a.D. und heutige Faschistenrowdie Schwarz, der den Trottel zu spielen versucht und zuerst überhaupt nichts wissen will, obwohl er nachgewiesenermassen einer der Hauptakteure bei der Jagd auf den getöteten Klemke gewesen ist.

Selbstverständlich, dass die Nazis den Mann, der die tödlichen Schüsse auf den am Boden liegenden Klemke abgab, nicht gesehen haben wollen, obwohl sich die Tat vor ihren Augen abgespielt haben muss. -

-----  
SPD. Genf, 26. April (Eig. Drahtb.)

Die Vollsitzung der Internationalen Arbeitskonferenz hat am Dienstag einstimmig beschlossen, den von einem Ausschuss vorgelegten Fragebogen über das Verbot der Stellenvermittlungsbüros gegen Bezahlung an die Regierungen abzusenden und den Abschluss einer Konvention über dieses Verbot auf die Tagesordnung der Konferenz für 1933 zu setzen. Entsprechend den Antworten wird das Internationale Arbeitsamt dann einen Konventionsentwurf vorlegen.

Der Fragebogen wünscht eine Definition der zu verbietenden Büros, ferner Angaben über ein generelles Verbot über Ausnahmen für bestimmte Berufe, über Anpassung der öffentlichen Arbeitsvermittlungen an die Bedürfnisse der vom Verbot betroffenen Berufe, über die Zeitspanne bis zur völligen Aufhebung und über die nationalen und internationalen Strafmassnahmen gegen Uebertretungen des Verbots.

Ebenfalls einstimmig hat die Konferenz die Erweiterung des Schutzabkommens für Hafendarbeiter angenommen, wobei besonders die Binnenschifffahrt eingeschlossen bleibt und die Regierungen verpflichtet werden, sofort in Verhandlungen über die Gegenseitigkeit der Anwendung der Schutzbestimmungen einzutreten.

Die zwischen den sieben hauptsächlichsten Kohlenländern vorgesehene Besprechung über eine gemeinsame Ratifikation des Arbeitszeitabkommens für den Kohlenbergbau musste abgesagt werden, weil England die Teilnahme verweigerte, weil die Reparationsfrage bisher nicht gelöst ist. Die Besprechung soll deshalb erst nach der Lausanner Konferenz stattfinden.

-----  
SPD. London, 26. April (Eig. Drahtb.)

Minister Thomas erklärte am Dienstag im Unterhaus, dass der Text des irischen Gesetzes zur Abschaffung des Eides die Befürchtung der englischen Regierung bestätige, dass de Valera auf mehr als die Abschaffung des Eides ausgehe, nämlich auf die Ablehnung des anglo-irischen Vertrages überhaupt. Der Minister wiederholte den Standpunkt der englischen Regierung, teilte aber über die Schritte, die die Regierung gegen Irland zu unternehmen gedenkt, nichts mit.

-----  
SPD. Köln, 26. April (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Ley, der in der Nacht zum Sonnabend mit anderen Nazis wegen eines Ueberfalls auf den Führer der deutschen Sozialdemokratie, Otto Wels, festgenommen wurde, ist am Dienstag aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung erfolgte, weil das gegen Ley beabsichtigte Schnellverfahren am Mittwoch wegen Erkrankung des Abgeordneten Wels nicht durchgeführt werden kann, andererseits aber Fluchtverdacht bei Ley nicht vorliegen soll.

Die mit Ley verhafteten Nazis sind ebenfalls auf freien Fuss gesetzt worden.

SPD. Ämtlich wird mitgeteilt:

Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai dieses Jahres einzuberufen und ihm als verfassungsmässige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Eine frühere Einberufung des Landtages bis zum 24. Mai ist abgesehen davon, dass die Legislaturperiode des alten Landtages bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages kann den Termin nicht verfrühen, denn der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes endgültiges amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Gemäss § 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muss, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zu Abgeordneten vorgeschlagen werden. Denn, während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Ausserachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste der Entscheidung der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muss deshalb erst eine achttägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an einzelne Abgeordnete mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl aus der Landesliste annehmen.

Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch unmittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

-----

SPD. Braunschweig, 26. April (Eig. Dr.)

Naziminister Klagges hat sämtliche Demonstrationen zum 1. Mai in der Stadt Braunschweig verboten. Ausserdem ist ein Maidemonstrationsverbot für das ganze Land zu erwarten. Ferner wurde eine öffentliche Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei in Braunschweig verboten, in der der italienische Emigrant Professor Dr. Mario Corsi über den Faschismus in Italien sprechen sollte.

Die rigorosen Verbote sind um so herausfordernder, als den Nazis öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen erlaubt sind.

-----

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags beschloss, den Reichstag zu Montag, den 9. Mai wieder einzuberufen. Ein von Kommunisten und Nationalsozialisten beantragter früherer Zusammentritt am 2. Mai wurde abgelehnt.

Auf die Tagesordnung der Reichstagssitzung soll der Entwurf des Schuldentilgungsgesetzes gesetzt werden. Reichsfinanzminister Dietrich wird eine Schilderung der allgemeinen Finanzlage geben, die der Vorbereitung der Etatberatung dienen soll. Daran wird sich eine mehrtägige Aussprache knüpfen. Die Reichsregierung hat zugesagt, den Etat für 1932 gleichzeitig an den Reichsrat und an den Reichstag gelangen zu lassen, sodass er bei der Reichstagsverhandlung in erster Lesung beraten werden kann. Anträge der Parteien werden ebenfalls mit der Tagesordnung verbunden. Von den Nationalsozialisten ist ein Antrag auf Auflösung des Reichstags und ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über das SA-Verbot zu erwarten.

Präsident Löbe teilte dem Ältestenrat mit, dass von der nationalsozialistischen Fraktion ein Protest gegen die Verhaftung des Kölner nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Ley, der in seiner Trunkenheit auf den

sozialdemokratischen Abgeordneten Wels einen Ueberfall organisierte, eingegangen sei. Bemerkenswert war, dass weder der Abg. Dr. Frick noch der Abg. Goering, die beiden Parteifreunde des Herrn Ley, es wagten, sich für dieses Verlangen der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion einzusetzen. Aus den übrigen Mitteilungen von Löbe war interessant, dass beim Reichstag inzwischen wieder 220 Gesuche auf Aufhebung der Immunität eingegangen sind.

-----

SPD. Warschau, 26. April (Eig. Drahtb)

Am Dienstag mittag wurde in der belebtesten Gegend Warschaus auf offener Strasse der französische Generaldirektor der grossen französisch-polnischen Textilwerke in Zyrardow namens Keller von einem unlängst entlassenen Angestellten des Unternehmens durch zwei Revolvererschüsse auf der Stelle getötet. Der Täter konnte festgenommen werden.

In Zyrardow selbst war es am Montag zu schweren Arbeitslosenunruhen gekommen, die im Zusammenhang mit dem starken Angestellten- und Arbeiterabbau standen. Mehrere Demonstranten und einige Polizeibeamte wurden verletzt. Das unsoziale Verhalten der französischen Besitzer und Direktoren der Textilwerke in Zyrardow hat schon mehrfach grosse Erbitterung unter der notleidenden Arbeiterschaft und heftige Angriffe der polnischen Öffentlichkeit hervorgerufen.

-----

SPD. Am Tage vor der Landtagswahl wurde im Moskauer Rundfunk auf die Bedeutung der Entscheidung in Preussen hingewiesen und dabei festgestellt, dass die Wahl zugleich eine wichtige Entscheidung über die Richtigkeit der Taktik der KPD bringen werde. Könne die Schande vom 10. April nicht wieder gutgemacht werden, so wäre das die schärfste Verurteilung der bisherigen Taktik der KPD.

Die Schande vom 10. April ist nur zum geringen Teil wiedergutgemacht worden, die Stimmziffern der Kommunisten sind zurückgeblieben hinter den Ziffern, die sie beim ersten Wahlgang der Präsidentenwahl und bei der Reichstagswahl von 1930 erhalten haben. Es hat sich zugleich abermals erwiesen, dass die kommunistische Wahnsinnstaktik, die durch das Wort bezeichnet ist: "Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie", nur als Zutreiberin für den Faschismus gewirkt hat. Dieser Wahlausgang, verbunden mit der unmissverständlichen Erklärung von Moskau her, hat deshalb in der Kommunistischen Partei eine überraschende taktische Schwenkung hervorgerufen. Man beginnt umzulernen. Thälmann wie die Berliner "Rote Fahne" erklären gleichzeitig, dass die Kommunisten alles tun würden, um eine nationalsozialistische Regierung in Preussen zu verhindern. Gleichzeitig veröffentlicht die KPD-Zentrale einen Aufruf an alle nichtkommunistischen Arbeiter, in dem wieder von der Notwendigkeit einer Einheitsfront gesprochen wird.

Was die Einheitsfront-Parole anbetrifft, so ist ihre wahre Bedeutung hinlänglich bekannt. Es verbirgt sich dahinter die Illusion, dass man die sozialdemokratischen Massen von ihren Führern trennen könne; eine Illusion, die nun schon 12 Jahre hindurch bei jeder Gelegenheit kläglich Schiffbruch erlitten hat. Aber die Bedeutung der Aufstellung dieser Parole in diesem Augenblick besteht darin, dass offensichtlich die KPD umzulernen beginnt und von dem extremen Kurs der Parole vom sozialdemokratischen Hauptfeind mehr in der Richtung der rechtskommunistischen Opposition hin zu steuern gedenkt. Hier ergibt sich eine günstige Möglichkeit, auf die kommunistischen Arbeiter einzuwirken; denn diese Schwenkung ihrer Zentraleitung muss ihnen zeigen, dass die bisherige kommunistische Taktik falsch war und die sozialdemokratische richtig ist!

Für die bevorstehenden politischen Entscheidungen ist eine solche Schwen-

kung von praktischer Bedeutung. Wenn es ernst ist mit den Erklärungen von Thälmann und der "Roten Fahne", so würde das bedeuten, dass die Politik der Unterstützung des Faschismus, wie sie noch zuletzt im gemeinsamen Volksbegehren mit dem Stahlhelm hervorgetreten ist, der "revolutionären Ungeduld", die den Bürgerkrieg um jeden Preis will und deshalb den Faschismus gegen die Sozialdemokratie in den Sattel heben will, preisgegeben wird zugunsten einer Politik, die auf die Verhinderung der Machtergreifung des Faschismus hinausläuft. Man muss diese Erklärung wahrscheinlich zunächst dahin verstehen, dass ein Versuch der Rechten, die letzte Änderung der Geschäftsordnung im Preussischen Landtag rückgängig zu machen, um einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten mit relativer Mehrheit wählen zu können, die Stimmen der Kommunisten gegen sich haben würde. Bei der letzten Änderung der Geschäftsordnung, die die absolute Mehrheit für einen Ministerpräsidenten in Preussen verlangte, haben die Kommunisten noch gemeinsam mit der Rechtsopposition dagegen gestimmt. Da ihre Erklärung nicht anders aufgefasst werden kann als dass sie diesmal die geänderte Geschäftsordnung verteidigen werden, so würde schon in diesem parlamentarischen Vorgang ihre politische Schwenkung stark in Erscheinung treten.

Unter solchen Umständen würde die KPD in letzter Minute vor der letzten Konsequenz ihres bisherigen Verhaltens zurückschrecken und anstelle der Parole: "Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie" die Parole setzen: "Eine Linksregierung ist besser als eine nationalsozialistische Regierung". Man wird abwarten müssen, ob diese Hinneigung zur politischen Vernunft anhalten wird und welche praktischen Konsequenzen die Kommunistische Partei noch in der Folge ziehen wird.

-----

SPD. Bukarest, 26. April (Eig. Drahtb.)

In der Gemeinde Somfalau (Siebenbürgen) kam es zu einer schweren Bauernrevolte, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt.

Ein Teil des Gemeindewaldes von Somfalau wurde kürzlich von einer Provinzbehörde zugunsten eines Staatsinstitutes beschlagnahmt. Die Bauern drohten daraufhin wiederholt, den Wald gewaltsam niederzuhauen. Als sie sich am Montag nachmittag anschickten ihre Drohung wahrzumachen und die Gendarmerie sich ihnen entgegenstellte, kam es zu schweren Zusammenstößen. Die Gendarmerie, gegen die sich die Dorfbewohner mit Äxten wandte, schoss scharf. Erst nach dem Eintreffen von Polizeiverstärkungen gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Der grösste Teil der Männer des Dorfes Somfalau wurde verhaftet.

-----

SPD. Wie die Nazipropaganda beim Mittelstand und in den Innungen gearbeitet hat, geht aus einem Rundschreiben an eine Schlosser- und Schmiedezunft hervor. Da heisst es: "Es liegt zeitgemäss in unser aller Belange, unseren Berufsstand zusammenzuschliessen, damit wir im Dritten Reich in unserem Berufsparlament auch vertreten sind." Das ist also ihr Traum: Zurück zum Mittelalter!

-----

SPD. Der Reichspräsident empfing am Dienstag-Nachmittag den Reichsminister des Innern Dr. Groener zum Vortrag über das "Material" gegen das Reichsbanner. Groener teilte dem Reichspräsidenten zugleich im Namen des Reichskanzlers mit, dass das "Material" gegen das Reichsbanner zu Massnahmen gegen diese Organisation keinerlei Veranlassung biete. Ihren formellen Abschluss wird die Intrigen-Aktion gegen das Reichsbanner jedoch erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin durch eine amtliche Erklärung finden, nach der Reichspräsident und Reichsregierung nicht gegen das Reichsbanner vorzugehen gedenken.

-----

SPD. Genf, 26. April (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag nachmittag fand zwischen dem Reichskanzler, dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald eine Besprechung statt, die hauptsächlich der Abrüstungsfrage und der Gestaltung der Lausanner Konferenz diente.

Man hofft in hiesigen unterrichteten Kreisen, dass es möglich sein wird, besonders hinsichtlich der noch nicht geklärten prinzipiellen Abrüstungsfragen zu einer Vereinbarung zu gelangen, sobald Tardieu am Donnerstag nach Genf zurückgekehrt ist. MacDonald wird bis Montag nächster Woche in Genf bleiben. Brüning beabsichtigt, seinen Aufenthalt evtl. bis Mitte nächster Woche aus-zudehnen.

+ + +  
Die Lausanner Konferenz wird am 16. Juni beginnen. Die an ihr beteiligten Regierungen haben sich mit dem Termin bereits einverstanden erklärt. Ausser den Signatarmächten des Haager Abkommens werden in Lausanne auch die Donau-mächte vertreten sein.

-----

SPD Genf, 26. April (Eig. Drahtb.)

Das Neunzehnerkomitee der Völkerbundsversammlung, das die Ausführung der Beschlüsse über die Räumung Schanghais überwachen soll, hat am Dienstag dem energischen Druck Japans völlig nachgegeben. Es ist keine Rede mehr davon, dass das gemischte Komitee der in Schanghai interessierten Grossmächte den Zeitpunkt der Räumung durch die Japaner an Ort und Stelle bestimmen soll. Es wird lediglich beauftragt werden, die Räumung, sobald sie erfolgt, zu überwachen und darüber zu berichten.

Im übrigen ging aus dem Bericht in der Geheimsitzung des Komitees hervor, dass der Abschluss des Waffenstillstands vor Schanghai endgültig am Mittwoch erwartet wird. Zur Entscheidung der weiteren Massnahmen dringen die neutralen und die kleinen Mächte im Neunzehnerkomitee auf Abhaltung einer Vollversammlung des Völkerbundes, während die Grossmächte lediglich eine öffentliche Sitzung des Neunzehner-Komitees zugestehen wollen, um die Spannung zwischen Japan und dem Völkerbunde nicht zu verschärfen.

-----

SPD. Dessau, 26. April (Eig. Drahtb.)

Die Rechtsparteien des anhaltischen Landtages kuhhandeln bereits eifrig über die von ihnen zu bildende Regierung. Beteiligt an diesen Verhandlungen sind die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Volksparteiler. Den Ministerpräsidenten werden die Nationalsozialisten stellen.

-----



SPD. Genf, 26. April (Eig. Drahtb.)

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag einstimmig beschlossen, die Beratung der prinzipiellen Fragen auszusetzen. Inzwischen haben die technischen Kommissionen den Auftrag erhalten, laut dem angenommenen Prinzip der direkten Abrüstung durch Vernichtung oder Internationalisierung der Angriffswaffen diese genau zu bestimmen. Bei Grenz- oder Uebergangsfällen soll eine aus Mitgliedern aller drei technischen Kommissionen gebildete Körperschaft entscheiden, der auch die Bezeichnung der chemischen Waffen obliegt. Bis zur Vorlage der Berichte dieser Kommissionen vertagte sich die Generalkommission.

Henderson forderte die Delegationsführer und in Genf anwesenden Regierungschefs auf, in dieser Zwischenzeit die weiteren prinzipiellen Entscheidung in persönlichen Besprechungen vorzubereiten. Für diese Verhandlungen hat man also vor allem die nötige Zeit geschaffen, besonders, da jeder Fortschritt in den prinzipiellen Fragen vor der Generalkommission vor den französischen Wahlen ausgeschlossen ist. Die technischen Kommissionen haben inzwischen die Beratungen aufgenommen, wobei in der Kommission für Seerüstungen die deutsche Delegation als Angriffswaffen bezeichnete: die Linienschiffe über 10 000 Tonnen und mit Kanonen über 28 cm Kaliber, ferner sämtliche Flugzeugmatterschiffe und U-Boote sowie alle chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Eine alte Geschichte.

SPD. Als der grosse englische Staatsmann Sir Robert Peel seine grosse Schwenkung zum Freihandel hin vornahm, wurde er im Parlament deswegen auf das Heftigste angegriffen. Sein grosser Gegner war der spätere Ministerpräsident Disraeli. Er prägte das höhnische und verletzende Wort: "Der edle Lord hat die Whigs beim Baden überrascht und hat ihnen die Kleider gestohlen."

Das ist eine alte Geschichte, aber sie ist immer wieder neu. Als Trotzki von Stalin den Uebergang zu forziertem Industrialisierungstempo forderte und damit das Weitertreiben der bolschewistischen Revolution nach der Periode der Nepp wurde er von Stalin entmachtet und in die Verbannung geschickt. Dann hat Stalin die Trotzki-Politik durchgeführt - ohne Trotzki!

Hugenberg hat Hitler gross und stark gemacht. Er hat ihn vorgeschickt gegen die Weimarer Koalition in Preussen, er hat ihn benutzt als Werkzeug zur Herbeiführung einer Rechtskoalition. Es ist Hugenberg ergangen wie Trotzki. Denn wenn es jetzt in Preussen tatsächlich zu Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten kommt, so wird sich ergeben, dass Hitler die Hugenberg Politik durchführt - aber ohne Hugenberg!

Und nun zeigt sich derselbe Vorgang wieder in der Kommunistischen Partei. Die Vertreter des schärfsten Linkskurses, die Neumann, Rennele und Thälmann, haben seinerzeit die Brandler-Leute aus der Kommunistischen Partei hinausgedrängt. Sie haben an die Stelle der Politik der offenen Briefe und der Einheitsfront die Politik des "Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie" gesetzt. Sie haben damit gründlich Pleite gemacht. Nun fangen sie von vorne an mit Einheitsfrontangeboten, hinter denen sich natürlich Spaltungswille versteckt. Sie machen mit einem Worte die Brandler-Politik - aber ohne Brandler!

Abgeschmiert!

Der stolchhafte Ueberfall des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Ley und seiner Bande auf Otto Wels in Köln lenkt die Aufmerksamkeit auf die unsagbaren Pöbeleien, die von Nationalsozialisten im Wahlkampf gegen führende Sozialdemokraten verübt worden sind. Besonders Philipp Scheidemann kann davon erzählen. Er hat in den letzten zwölf Tagen vor der Wahl 18 Versammlungen abgehalten und dabei ist kein Tag vergangen, an dem er nicht in dieser oder jener Form von Nationalsozialisten angepöbelt worden wäre. Es war allerdings nicht immer so schlimm wie in Ludwigsburg, wo eine Bombe in seine Versammlung geworfen wurde, und mitunter haben sich die Nazipöbelhelden gründliche Abfahrten geholt.

So sass Scheidemann im Wartesaal des Bahnhofes von Giessen allein am Tisch vor einer Tasse Kaffee. Da torkelte ein besoffener Student mit einem grossen Hakenkreuzabzeichen auf ihn zu und schrie ihn an: "Scheidemann, Scheidemann! Heil Hitler!" Scheidemann erwiderte ihm schlagfertig: "Mensch, ich bin doch kein Tierarzt!" Nach dieser schlagfertigen Antwort hatte Scheidemann alle Lacher auf seiner Seite und der Nazistudent machte, dass er weiterkam. Er war gründlich abgeschmiert worden.

J.K.

-----

J.K. - das sieht aus wie ein mystisches Zeichen und es ist nicht jedem ohne weiteres verständlich. Wenigstens in Deutschland nicht. In Schweden versteht es ein jeder. Denn J.K., das ist der gewesene grosse Mann Schwedens, der Halbgott, der jetzt entlarvt worden ist. Das ist, wie man in Schweden ehrfürchtig zu flüstern pflegte: Er. Mit einem Worte, es ist Jvar Kreuger.

Und doch ist bei diesen Buchstaben J.K. etwas Mystik dabei. In dem Buche des bekannten Rassecharlatans der Nationalsozialisten findet man neben einander die Bilder von zwei Kapitalisten, der eine ostjüdischer Typ, der andere aber beste nordisch-germanische Rasse. Unter dem Ostjuden liest man "Vertreter des raffenden Kapitalismus", unter dem nordischen Typ "Vertreter des schaffenden Kapitalismus". Der schaffende Kapitalist ist Jvar Kreuger, der raffende Kapitalist Jvan Kutisker.

Der Zusammenbruch Kreugers und die Enthüllungen seiner Fälschungen hat die Theorie vom schaffenden und vom raffenden Kapital ebenso als Charlatanerie entlarvt wie die nationalsozialistische Rassetheorie. Aber ist es nicht ein neckisches Spiel des Zufalls, ein klein wenig Mystik, dass ausgerechnet Jvan Kutisker und Jvar Kreuger nebeneinander gestellt worden sind, die beiden Betrüger, deren beider Namen mit J.K. beginnen?

Dinge, die nicht untergehen dürfen.

-----

Es hat während des Wahlkampfes bei den Nationalsozialisten Dinge gegeben, die von so drastischer Komik sind, dass sie nicht untergehen dürfen. Die Art und Weise, wie die nationalsozialistische Presse am Mittwoch vor der Wahl den Geburtstag Hitlers gefeiert hat, erinnerte so stark an die altbekannte Kaiser-Geburtstagsmache von ehemals, dass die Absicht damit verknüpft gewesen sein muss, den Kaiserfimmel auf Hitler zu übertragen. Der Mann, der sich solches gefallen lässt, muss notwendig selbst vom Kaiserwahn befallen sein.

Er ist es auch. Denn zur gleichen Zeit wurden im Wahlkampf Worte Hitlers verbreitet, unter denen sich das folgende findet :

"Meine Gegner sagen, Ihr werdet Euer Ziel nicht erreichen. Das liegt nicht bei uns, sondern das liegt beim Allmächtigen. Steht er mir bei und segnet er mich, wird es gelingen und alle Chikanen werden uns nichts mehr anhaben können."

Wenn alles beim Allmächtigen liegt, dann hätte der Allmächtige auch gewollt, dass das System regiere. Warum also dann der Hass? Aber in diesem Worte liegt das ungewollte Geständnis, dass Adolf sich bereits von Gottesgnaden fühlt!

+

Herr Gottfried Feder, der grosse Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, sprach vor einer Versammlung wildgewordener Kleinbürger und sensationslüsterne Publika in Erfurt. Er sprach davon, dass nur deutsche Ware gekauft werden dürfe, wobei er gnädig einige Ausnahmen gestattete: "Wir gestatten den Hausfrauen im Dritten Reich schon die Gewürze und Zitronen, aber Bananen? Ausgerechnet Bananen?"

Nun fragen wir uns: was hat Herr Gottfried Feder gegen Bananen, ausgerechnet gegen Bananen, und wir fragen uns weiter: Mit welchen Gedanken und Hintergedanken hat er diesen Satz geprägt, und auf welche Instinkte und Assoziationen bei seinen Zuhörern war diese Formulierung, die als Witz Beifall hervorrufen sollte, berechnet? Was sollten sich seine Zuhörer denken?

-----

# Aus aller Welt

## Devisen auf Schleichwegen.

Im Kampf gegen Schiebung und Kapitalflucht - Sherlock Holmes an der Grenze.

SPD. Der Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg erliess Haftbefehl gegen den kürzlich in einem Berliner Hotel festgenommenen Kaufmann Sylvester Valentin.

Valentin ist vermutlich in starkem Masse an den Devisenschiebungen des flüchtigen Stuttgarter Rechtsanwalts Schwarzkopf beteiligt: für mehr als 700 000 Mark deutsche Wertpapiere wurden aus der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt und hier zugunsten ausländischer Besitzer verkauft. Valentin soll auch an anderen Devisenaffären beteiligt sein. Wie der Kampf gegen diesen neuesten Typ der Gesetzesübertreter geführt wird, erzählte der Leiter der Berliner Zollfahndungsstelle einem unserer Mitarbeiter:

"Jagd auf Devisenschmuggler - das ist eine der schwierigsten und aufreibenden kriminalistischen Aufgaben. In letzter Zeit sind hunderte von neuen Beamten in den Dienst der Zollfahndung getreten, die zugleich den Kampf gegen Devisenschiebung zu führen hat. Man stellt sich den Typ des Schmugglers immer falsch vor: als kleinen Gelegenheits- und Gewohnheitsverbrecher. So war es früher auch wirklich. Jetzt aber hat sich das Schmugglerwesen gewaltig geändert. Ein paar "ganz Grosse", die irgendwo im Hintergrund arbeiten, ziehen raffinierte Organisationen auf; im Rahmen dieser Grossbetriebe finden dann die kleinen Schmuggler Beschäftigung - aber sie sind nur Marionetten, deren sich die Drahtzieher bedienen. So ist auch der eigentliche Valutaschieber meist eine Bank, ein Trust, ein grosses Unternehmen im Ausland. Dort werden zu den billigen ausländischen Börsenkursen deutsche Wertpapiere gekauft. Man schickt sie nach Deutschland, wo jedes dieser Unternehmen einen Generalagenten hat. Der verfügt wiederum über einen Stab von kleinen Unteragenten, die nun die Aufgabe haben, das Aktienpaket in kleinen "Portionen", damit es nicht auffällt, durch Banken an der Börse verkaufen zu lassen. Zwei Tage später bringt der Unteragent dem Generalagenten das erzielte Geld - bedeutend mehr, als die Aktien im Ausland gekostet haben, denn unsere Börsenkurse sind viel höher. Nun kommt der schwierigste Teil des Geschäftes: das Geld wieder ins Ausland zu schaffen. Dafür stehen besondere Hilfskräfte zur Verfügung; unverdächtig aussehende Leute, die in den Zug an die Grenze gesetzt werden. Die versuchen nun, das Geld hinüberzuschmuggeln. Und dann - greifen wir zu!"

"Durchsuchen Sie denn jeden Reisenden an der Grenze?"

"Aber nein. Was sich an der Grenze abspielt, ist ja nur der Schlusspunkt. Unsere Arbeit beginnt schon bei den Buchprüfungen, die wir in den kleineren Bankgeschäften von Zeit zu Zeit vornehmen lassen. Da wird jeder einzelne Effektenverkauf, jeder Verkäufer unter die Lupe genommen; man geht den Adressen nach, und wenn sich irgend ein Verdachtsmoment ergibt, beobachtet man den Betreffenden, sieht sich seinen Verkehr an, untersucht seine Geschäftsverbindungen. Und sobald jemand aus diesen Kreisen eine Fahrkarte ins Ausland löst, wissen wir Bescheid. Seine Personalien sind schon telegrafisch zur Grenz- wache durchgegeben, wenn er noch garnicht im Zug sitzt. An der Grenze holt man ihn aus dem Kupee, untersucht seine Koffer, die Polster unter seinem Sitz - und nicht zuletzt die Toilette seines Wagens, denn hier hat man schon die interessantesten Funde gemacht: Geldscheine, Brillanten, Briefmarken. Ueberhaupt werden Briefmarken als Schmuggelobjekt immer beliebter, weil sie so

handlich und klein sind und internationalen Wert besitzen."

"Wer über die Grenze gelangt ist, hat wohl nichts mehr zu fürchten?"

"Das ist durchaus nicht gesagt. Unsere Beamten arbeiten nämlich auch im Ausland. Mancher seufzt erleichtert auf, wenn die Grenze passiert ist, und lässt sich oft genug zu einer unvorsichtigen Aeusserung hinreissen - und ihm gegenüber sitzt ein harmlos aussehender Herr, der in Wirklichkeit ein deutscher Kriminalbeamter ist! Der merkt sich den Mann, und wenn der Ahnungslose wieder nach Deutschland zurückkehrt, um seine nächste Schiebung vorzubereiten - dann schnappen wir ihn!"

"Gelingt es Ihnen auch, die Kapitalflucht zu verhindern?"

"Das ist ein besonderes Kapitel. Wir wissen genau, dass nicht mehr allzu viel Kapital in Deutschland ist, das noch verschoben werden könnte. Die "Grossen" haben ihre Millionen schon längst in Sicherheit gebracht, als es noch keine Ausreiseperrn und keine Devisenbewirtschaftung gab. Heute kommen nur noch Nachzügler, die zweite und dritte Garnitur der ängstlichen Reichen. Die kleinen Sünder sind in der Mehrzahl. Da werden fingierte Sendungen von fingierten Firmen an irgend eine ausländische Adresse geschickt; oder die Devisenstellen wundern sich, dass ein Herr X., der bisher mit Schmalz gehandelt hat, plötzlich Konfektion exportiert. Geht man solchen Geschichten nach, so entdeckt man meist eine raffinierte Devisenschiebung. Hier arbeiten Zollfahndungsstellen, Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium sowie die Devisenbewirtschaftungsstellen Hand in Hand. In anderen Ländern sind die Gesetze noch viel schärfer. Von 28 europäischen Staaten haben die 18 grössten die Zwangsbewirtschaftung der Devisen eingeführt. Oesterreich gestattet die Mitnahme von nur 300 Schilling gleich 180 Mark nach dem Ausland, während Deutschland die Freigrenze auf 200 Mark festgesetzt hat. Ungarn gibt nur an Inländer Valuta für Reisezwecke ab, und auch das nur im Betrag von 50 Pengö. Bulgarien macht die Devisenzuteilung an Reisende abhängig von der Vorlage des Passes, einer Bescheinigung der Handelskammer, den Attesten zweier Aerzte, von denen der eine im Staatsdienst stehen muss, und von der genauen Belegung des Reisezweckes..."

L.

+ + +

Liebestragödie. In Berlin-Grünwald schieden in der Nacht zum Dienstag der zwanzigjährige Sohn eines Hoteliers und die achtzehnjährige Tochter eines Bücherrevisors gemeinsam aus dem Leben. Aus zurückgelassenen Briefen geht hervor, dass das Motiv der Tat Lebensüberdruß und Liebeskummer war. Die Eltern versichern, dass einer ehelichen Verbindung ihrer Kinder nichts im Wege gestanden hätte.

+ + +

Falschmünzer. In München wurden fünf Mitglieder einer Falschmünzerbande festgenommen: ein Landwirt, ein kaufmännischer Reisender, ein Optiker, einer Maurersehefrau und die Witwe eines Sattlers. Die Verhafteten wurden bei der Verausgabung falscher Zweimarkstücke überrascht.

+ + +

"Kuhle Wampe" frei! Der zweimal verbotene, nun aber durch wesentliche Schnitte stark veränderte soziale Film "Kuhle Wampe" von Brecht, Ottwald und Eisler ist von der Filmprüfstelle freigegeben worden. Eine Nacktbadeszene musste fallen; ausserdem musste der Kausalzusammenhang zwischen den Notverordnungen und dem Selbstmord eines Arbeitslosen beseitigt werden.

+ + +

Raubüberfall. In Portsmouth (England) überfielen mehrere Banditen auf offener Strasse einen Bankbeamten und raubten ihm seine Aktenmappe mit 23 000 Pfund (ungefähr 340 000 Mark) Inhalt. Die Täter entkamen.

+ + +

"Bischof der Arktis". Ein seit 20 Jahren im Polargebiet tätiger französischer Geistlicher, dessen Diözese eine Fläche von 2,5 Millionen Quadratkilometer umfasst, wurde vom Papst zum "Bischof der Arktis" ernannt. Die "Gemeinde" des Geistlichen zählt 8 000 Köpfe; um alle seine Getreuen besuchen zu können, ist der neue Bischof stets mit dem Hundeschlitten unterwegs.

+ + +

Lohnende Maskierung. Am Bahnhof Wandsbeck bei Hamburg wurden vier Personen verhaftet, die innerhalb weniger Tage 23 Zentner Tabak über die holländische Grenze nach Hamburg geschmuggelt haben. Die Festnahme war durch die Aktivität eines Zollbeamten möglich, der sich selbst als Schmuggler ausgeben und eine Fahrt von Holland nach Wandsbeck mitgemacht hatte.

+ + +

Steuerflüchtling. Das Finanzamt Leipzig erliess einen Steuersteckbrief hinter dem zuletzt in Leipzig wohnhaften Kaufmann Merten. Die Steuerschuld des Gesuchten beläuft sich auf 55 000 Mark.

+ + +

Explosionskatastrophe. In Detroit (Michigan, USA) flogen durch Explosion einer unterirdischen Hauptgasleitung drei Häuser in die Luft. 35 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

+ + +

Feuer im Kino. Ein grosses, erst vor einem Jahr eröffnetes Lichtspielhaus in Manchester wurde auf noch nicht geklärte Weise eingeäschert. Personen verunglückten nicht; der Sachschaden beläuft sich auf etwa 50 000 Pfund.

+ + +

Das Alte stürzt... In Neuss (Rheinland) stürzte der sogenannte Römerturm, ein Baudenkmal von historischem Wert und malerischer Schönheit, zusammen.

+ + +

Ein "Selbstversorger". In Köln wurde der Küchenchef eines grösseren Hotels verhaftet. Er hatte seit Jahren die Gäste seiner eigenen Pension in Königswinter mit gestohlenen Lebensmitteln "seines" Hotels versorgt. Es wurden im Hotel auch neun Mitschuldige festgestellt; vier von ihnen wurden verhaftet.

+ + +

"Paris-Molière". In Paris wurde eine neue Rundfunkstation "Paris-Molière" eröffnet. Der auf einer Wellenlänge von 329,2 Meter mit 60 Kilowatt arbeitende Sender ist in Deutschland gut zu hören.

+ + +

Gegen den Prellbock! Am Dienstag fuhr auf dem Bahnhof Schweinfurt ein vollbesetzter Personenzug mit grosser Wucht auf den Prellbock auf. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen.

+ + +

Heimkehr des DO X. Ende Mai wird das deutsche Riesenflugboot "Do X" von Neufundland aus über die Azoren nach Altenrhein (Bodensee) zurückfliegen.

+ + +

Kesselerplosion. In einer grösseren Kunstseidenfabrik in Pavia (Italien) explodierten drei Dampfkessel. Mehrere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

+ + +

Autobuskatastrophe. In der Nähe von Livorno (Italien) schlug ein Autobus um. Einundzwanzig Insassen wurden verletzt.

-----

## Weizenhaussse.

-----

Wann will das Reichsernährungsministerium seine Weizenpreispolitik revidieren?

SPD. Die sich nach den Wahlen stärker bemerkbar machende Weizenhaussse ist älteren Datums. Sie hängt im Grunde genommen mit der starken Weizenknappheit in Deutschland zusammen. Die Preise für Weizen und Weizenmehl entwickelten sich seit dem 1. März 1932 wie folgt:

	<u>Weizen</u>	<u>Weizenmehl</u>
	Notierungen an der Berl. Produktenbörse in Mk. pro Tonne	pro 100 kg
1. März 1932	244 - 246	31,25 - 34,50
Mitte März	248 - 250	31,25 - 34,75
23. April	263 - 265	32,00 - 35,50
26. April	267 - 269	32,25 - 36,00.

Das Klettern der Weizen- und Weizenmehlpreise geht lustig weiter, ohne dass sich das Reichsernährungsministerium bisher aufraffen konnte, die schon seit langem fällige Revision seiner Weizenpreispolitik vorzunehmen. Wie lange wird es dauern und wir haben bald Brot- und Bäckerkrieg. Das sind Dinge, die viel Unfriedenschaftern und die nichts nutzen, die man aber vermeiden könnte. Die einfach unnötig sind. Es ist nicht nur so, dass die Öffentlichkeit stürmisch Massnahmen gegen die Weizenhaussse fordert, sondern die Vorräte bedingen ja, dass man den Wünschen der Öffentlichkeit Rechnung trägt. Das Reichsernährungsministerium sieht aber ruhig mit an, wie durch die Verteuerung des Weizenmehls der Konsum zwangsläufig immer mehr eingeschränkt wird. Durch die Schrumpfung des Verbrauchs an Weizengebäck leiden aber Bäcker und Landwirte in gleicher Weise. Ist der Verbrauch aber einmal zurückgegangen, dann ist es erfahrungsgemäss schwer, ihn wieder anzuregen, auch wenn nach der Ernte plötzlich grosse Weizenvorräte vorhanden sind. Eine übermässige Steigerung der Weizenpreise wirkt sich also gerade für die Landwirtschaft ungünstig aus, weil mit ihr eine Verbrauchseinschränkung verknüpft ist.

Welche Massnahmen müssen aber ergriffen werden, damit die Ernährung der Bevölkerung, soweit Weizen in Frage kommt, sichergestellt und der Weizenpreis gesenkt wird? Das Wichtigste ist die Senkung des Weizenzolles. Ob eine Herabsetzung des Zolles von 250 auf 180 Mark je Tonne, wovon man kürzlich hörte, genügt, erscheint uns sehr zweifelhaft; denn guter Weizen kostet auf dem Weltmarkt jetzt 110 Mark je Tonne, sodass er also einschliesslich Zoll im Inland mindestens auf 290 Mark zu stehen kommt. Ein solcher Preis für Auslandsweizen bedeutet aber, dass der Preis für Inlandsweizen noch weiter in die Höhe klettern kann. Eine vernünftige Weizenpreispolitik muss aber zurzeit nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch im Interesse der weizenbauenden Landwirtschaft auf eine Senkung der Weizenpreise, nicht auf ihre Steigerung bedacht sein. Ausserdem ist zu bedenken, dass der Anteil ausländischen Weizens an der Gesamtvermahlung in den kommenden Monaten grösser sein wird als bisher, sodass eine weitere Preissteigerung des Mehls eintreten muss, wenn der Zoll nur auf 180 Mark gesenkt wird. Zumindesten ist der Weizenzoll auf 150 Mark festzusetzen.

Ferner ist der Vermahlungszwang zu lockern und zwar zumindestens auf 60 Prozent. Praktisch beträgt er schon jetzt für die Grossmühlen, die Auslands-

weizen vermahlen, durch den sogenannten Austauschweizen 70 Prozent. Ganz in- diskutabel erscheinen uns die Pläne, für die ganze Zeit bis zur neuen Ernte durch ein Einfuhrkontingent nur 100 000 Tonnen Weizen ins Land zulassen. Abge- sehen davon, dass durch eine solche Regelung der Weizenpreis wieder stark in die Höhe getrieben werden würde, halten wir den Weizeneinfuhrbedarf für weit grösser. Es wäre also notwendig, dieses unzureichende Kontingent zu erweitern. Will man ausserdem, wie ein verantwortungsbewusster Wirtschaftler handeln muss, nicht ganz ohne Vorräte in das neue Erntejahr eintreten, so muss dafür ge- sorgt werden, dass ausreichende Weizenmengen eingeführt werden können. Das Reichsernährungsministerium glaubt aber, seine Aufgabe erfüllt zu haben, wenn es dafür sorgt, dass, wenn das erste Fuder Weizen aus der neuen Ernte eingefah- ren wird, das letzte Weizenkorn aus der alten Ernte vermahlt ist.

Das Wichtigste aber ist, dass sofort gehandelt und der Weizenzoll aus- reichend gesenkt wird, um den Weizenpreis zu ermässigen. Damit jede weitere Verbrauchseinschränkung vermieden wird.

---

SPD. In der dritten Aprilwoche ist es der Reichsbank gelungen, ihre De- visenbilanz auszugleichen. Während in der zweiten Aprilwochenoch 32,7 Millio- nen Mark von der Währungsreserve verloren gingen, war es in der dritten April- woche möglich, die Bestände an Gold und Deckungsdevisen um 1,2 Millionen Mark zu steigern. Im einzelnen haben die Bestände an Gold um 200 000 Mark auf 859,9 Millionen Mark zugenommen und die Bestände an Deckungsdevisen um 1 Mil- lion Mark auf 129 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold und dek- kungsfähige Devisen beträgt 25,5 Prozent gegenüber 24,7 Prozent in der Vor- woche.

Der von der Reichsbank zur Verfügung gestellte Kredit hat sich von 3 486,6 Millionen Mark am Schluss der zweiten Aprilwoche auf 3 341,2 Millio- nen Mark verringert gegenüber 3 715,9 Millionen Mark in der dritten Märzwoche. Der Wechselkredit senkte sich von 3 198,6 Millionen Mark Ende der dritten Märzwoche und 3 022,6 Millionen Mark in der zweiten Aprilwoche auf 2 889,2 Millionen Mark am Schluss der dritten Aprilwoche, also zum erstenmal unter die 3-Milliardengrenze.

---

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags ist am Dienstag eine grundsätz- liche Entscheidung über die Oberschlesiensanierung gefallen.

Die Regelung im Haushaltsausschuss des Reichstages bringt für die öffent- liche Hand gewisse Verbesserungen. Vor allem ist die Majorität der öffentli- chen Hand gestärkt und gefestigt worden und zwar in der Art, dass die Aktien- besitzer das Stimmrecht ihrer Aktien für die Generalversammlungsentscheidun- gen an die öffentliche Hand, also in der Hauptsache an das Reich und Preussen, abtreten. Vorsitzender des Aufsichtsrates wird Generaldirektor von der Por- ten von der Viag, in der das Reich seine Industrieunternehmungen zusammenfasst. Sachlich ist eine Verbesserung der Kohlenlieferungsverträge zwischen den Ge- werkschaften Castellengo zugunsten Oberhütten erzielt worden.

Am 30. März hatte das Reichswirtschaftsministerium dem Haushaltsausschuss eine vertrauliche Denkschrift über die Neuorganisation der Vereinigten Ober- schlesischen Hüttenwerke A.-G. (Oberhütten) und über die Frage des Zusammen- schlusses der Hütte der Borsigwerk A.-G. mit Oberhütten vorgelegt. Sie fand nicht die Zustimmung des Haushaltsausschusses. Dem Reiche sollten die unren- tablen Eisenbetriebe aufgeladen werden, die Banken wollten sich auf die renta- blen Kohlenbetriebe zurückziehen. Damit war auch die Familie Ballestrem selbstverständlich einverstanden. Der Haushaltsausschuss nahm aber einen sozi-



aldemokratischen Antrag an, der eine ergere Verbindung zwischen Kohle und Eisen verlangte; nur so sei eine wirkliche Sanierung der oberschlesischen Industrie möglich. Es wurden neue Verhandlungen von der Reichsregierung verlangt, die auch in der Zwischenzeit stattgefunden haben.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmboldt und Ministerialdirektor Hintze berichteten am Dienstag in vertraulicher Sitzung über das Resultat der vom Haushaltsausschuss verlangten Verhandlungen. Im Sinne der Wünsche des Haushaltsausschusses ist so verfahren worden, dass entsprechende Kohlenlieferungsverträge geschlossen werden. Die völlige Sanierung der oberschlesischen Industrie ist damit zwar auch nicht erreicht. Sie wird erst bei völliger Verschmelzung zwischen Kohle und Eisen gegeben sein, aber eine Verbesserung im Sinne der sozialdemokratischen Wünsche konnte erzielt werden.

Die Entscheidung, die am Dienstag im Haushaltsausschuss des Reichstages fiel, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Das Reich und Preussen geben Subventionen. Aber ihnen muss dafür die Kontrolle, die Beherrschung der subventionierten Unternehmen zugestanden werden. Eine andere Regelung kann es nicht geben. Wer mit Staatssubventionen in der Industrie rechnet, muss sich damit abfinden, sich dieser Regelung zu unterwerfen.

-----  
SPD. Die Bankbilanzen für den Monat März machen seit langer Zeit wieder einen optimistischen Eindruck. Die Kreditoren, also das den Banken von der Wirtschaft bzw. den Sparern zur Verfügung gestellte Geld, bewegen sich auf aufsteigender Linie. Der Druck auf die Schuldner, Debitoren, hat nachgelassen. Die Liquidität hat sich gebessert. Das grosse Ereignis der Krise, das Geld freisetzt und so zu wirtschaftlicher Tätigkeit anregt, scheint sich jetzt, reichlich verspätet und reichlich zaghaft, doch anzubahnen. Hoffentlich bedeutet der Ausfall der Preussenwahlen, der ohne Zweifel die Unruhe im Geschäftsleben wieder gesteigert hat, keinen Strich durch diese Entwicklung.

Bei den Berliner Grossbanken liegt eine Steigerung der Kreditoren von 7,276 Milliarden Mark Ende Februar auf 7,289 Milliarden Mark Ende März vor. Bei sämtlichen deutschen Banken steigerten sich die Kreditoren in derselben Zeit von 9,084 Milliarden Mark auf 9,137 Milliarden Mark. Bei der Deutschen Girozentrale erhöhten sich die Kreditoren von 227 auf 244 Millionen Mark. Die Wechselbestände sind bei den Berliner Grossbanken von 1,118 Milliarden Mark auf 1,105 Milliarden Mark zurückgegangen, ein Zeichen der anhaltenden Schrumpfung im Wirtschaftsprozess. Bei den gesamten Banken liegt aber eine Steigerung von 1,663 Milliarden Mark auf 1,682 Milliarden Mark vor. Der Debitorenrückgang ist zum Stillstand gekommen. Die Berliner Grossbanken geben den Debitorenstand für Ende Februar mit 4,720 Milliarden Mark an und für Ende März mit 4,827 Milliarden Mark, die gesamten Banken für Ende Februar mit 5,945 Milliarden Mark und für Ende März mit 6,032 Milliarden Mark.

-----  
Berliner Viehmarkt.

-----  
(26. April)

SPD. Bei genügender Beschickung konnten die Preise vor allem auf dem Hammel- und Schweinemarkt gehalten werden. Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfd. (-), b) 240-300 Pfd. 37-38 (37-38), c) 200-240 Pfd. 36-37 (36-37), d) 160-200 Pfd. 34-36 (34-36) e) 120-160 Pfd. 30-33 (30-33). Sauen 33-35 (33-35). Schafe: b) 35-36 (36-37), c) 31-35 (32-35), d) 23-30 (23-30). Kälber: b) 50-58 (50-58), c) 30-48 (28-48), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-26 (25-28), b) 20-23 (21-24) c) 16-18 (16-19) d) 12-14 (12-15).  
-----

Weizenhausse geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 26. April.)

SPD. Die feste Stimmung für Weizen hielt auch am Dienstag an der Berliner Produktenbörse an. Das Angebot an prompter Inlandsware war knapp und entsprach nicht der Kauflust der Mühlen, die wieder ziemlich rege war. Infolgedessen musste der Preis erneut um 2 Mark heraufgesetzt werden. Auch die Unsicherheit über die künftige Gestaltung unserer Weizenwirtschaft wirkte befestigend, da die erwarteten Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums noch nicht erfolgten. Auch am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Kurse um durchschnittlich eine Mark in die Höhe. Roggen hatte ruhiges Geschäft. Inlandsware kommt kaum noch nach Berlin, da die hiesigen Mühlen mit russischer Ware in ausreichenden Mengen zu unveränderten Preisen versorgt werden. Die Notiz für prompten Roggen lautete unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte kleine Befestigungen ergaben. Hafer hatte ursprünglich stetige Tendenz. Jedoch trat im Verlaufe der Börse ein Umschwung ein, sodass insbesondere am Markte der Zeitgeschäfte zum Schluss merkliche Abschwächungen zu verzeichnen waren. Roggenmehl hatte weiter sehr stilles Geschäft, Weizenmehl war etwas lebhafter begehrt. Vielfach waren die Forderungen der Mühlen um 25 Pfennig erhöht; jedoch war es schwer, die erhöhten Forderungen beim Konsum durchzusetzen.

	25. April	26. April
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	265 - 267	267 - 269
Roggen	198 - 200	199 - 201
Braugerste	190 - 194	190 - 194
Futter- und Industriergerste	179 - 189	179 - 189
Hafer	162 - 167	161 - 166
Weizenmehl	32,25 - 25,90	32,25 - 36,00
Roggenmehl	26,00 - 27,65	26,00 - 27,65
Weizenkleie	11,75 - 12,00	11,75 - 12,00
Roggenkleie	10,00 - 10,35	10,00 - 10,45

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 278 (Vortag 277½), Juli 282½ (281½), September 228½-228 (227½), Roggen Mai 197 und Brief (196½), Juli 199 (198½), September 187 und Brief (187), Hafer Mai 174-174½ (174) Juli 180-178 (180½).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	.....	Rll	1,40 - 1,65
" " Weizenstroh	.....	Rll	1,15 - 1,30
" " Haferstroh	.....	Rll	1,10 - 1,25
" " Gerstenstroh	.....	Rll	1,10 - 1,25
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	.....	Rll	1,35 - 1,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh	.....	Rll	1,30 - 1,45
" " Weizenstroh	.....	Rll	1,15 - 1,30
Häcksel	.....	Rll	1,90 - 2,10
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	.....	Rll	1,45 - 1,65
Gutes Heu, gesund und trocken	.....	Rll	2,15 - 2,55
Luzerne, lose	.....	Rll	2,40 - 2,70
Thymothee, lose	.....	Rll	2,50 - 2,80
Kleeheu, lose	.....	Rll	2,30 - 2,60
Drahtgepresstes Heu	.....	Rll	0,40 über Notiz.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

## Altersversicherung in USA.

SPD. Die deutsche Sozialversicherung ist bedroht. Ihre Sanierung wird in den nächsten Wochen und Monaten noch manch scharfen Kampf entfachen; denn starke Teile des Unternehmertums arbeiten im Bunde mit sozialreaktionären Strömungen systematisch auf einen Abbau der Sozialversicherung hin. Das gleiche Unternehmertum muss aber in seinen Organen selbst feststellen, dass heute auch die Vereinigten Staaten nicht mehr ohne Sozialversicherung auskommen. So schrieb vor kurzem "Der Arbeitgeber", die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dass auch die Vereinigten Staaten, bisher das Musterland eines unverfälschten Vollkapitalismus und einer zwar uniformierten, aber auf dem Erwerbsindividualismus beruhenden Wirtschaftsgesinnung nicht um eine kollektive staatliche Sozialpolitik herumkommen. Amerika muss umlernen, ob es will oder nicht. Die Not zwingt dazu. Die Bewegung der vom Elend gepeinigten Massen zur Sicherung ihrer Existenz gibt den Gedankengängen, die auf die Schaffung einer Sozialversicherung abzielen, eine immer stärkere Stoss- und Werbekraft. Wie rasch solche Gedankengänge, einmal in die richtigen organisatorischen Kanäle geleitet, im Volksbewusstsein Platz greifen, zeigt die erst wenige Jahre alte Altersversicherungsbewegung.

In seinem Bericht an die fünfte Jahreskonferenz der Amerikanischen Vereinigung zur Altersversicherung hat das Sekretariat dieser Organisation die Entwicklung des vergangenen Jahres festgehalten und darin ein Bild praktischem von Phrasendrescherei unbeschwerter, Sozialarbeit skizziert, das in dieser Epoche fürchterlichsten Elends wie eine Oase konstruktiven sozialen Aufbaus anmutet. Wie der Bericht angibt, hat sich die Zahl der staatlichen Altersversorgungsberechtigten im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Während noch vor einem Jahr kaum 40 000 erwerbslose alte Männer und Frauen eine staatliche Alterspension in fünf Bundesstaaten bezogen, beläuft sich jetzt die Zahl der Alterspensionäre in dreizehn Staaten auf über 82 000. Von der Altersversicherung des Staates New York werden gegenwärtig weit über 50 000 Veteranen der Arbeit betreut, in Massachusetts 13 400 und in Californien 10 300. Der Rest verteilt sich auf die Staaten Delaware, Montana, Wisconsin, Maryland, Wyoming, Utah, Minnesota, New Hampshire, Colorado und Idaho. Dieser staatlichen Liste werden noch vor Jahresschluss über 10 000 Alterspensionäre des Staates New Jersey angegliedert sein.

Die amerikanischen Massen sind naturgemäss in erster Linie an der sozialen Seite der Altersversicherung - die kapitalistische Presse beleuchtet mit Vorliebe die wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte - interessiert, und da kann offen zugestanden werden, dass die bisherigen Erfolge durchaus ermunternd sind. Vor allem muss man sich in einer Zeit, wo immer wieder in der Bundeshauptstadt der Ruf nach dem hoffnungslos erledigten Individualismus erschallt, des Gewichts der Tatsache bewusst sein, dass im vergangenen Jahr nicht weniger als 100 Gesetzentwürfe für Altersversicherung in 40 bundesstaatlichen gesetzgebenden Körperschaften eingebracht wurden. Zum ersten Mal in der amerikanischen Bundesgeschichte ist auch ein Gesetzentwurf zur Gewährung bundesstaatlicher Zuschüsse für Altersversicherungszwecke dem Bundes-Repräsentantenhaus mit Empfehlungen der zuständigen Kommission zur Annahme übermittelt worden.

Die fortschrittlichen Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten

und unter ihnen besonders die deutschsprachigen Arbeiter wissen nur zu gut, dass die gegenwärtigen Altersversicherungsbestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Sie sind nur ein Minimum sozialer Anteilnahme, die die amerikanische Öffentlichkeit ihren alten abgehetzten Mitbürgern, den ausgepumpten Sklaven eines morschen Wirtschaftssystems schuldet. Immerhin ist jedoch ein Ausgangspunkt geschaffen, von dem aus sich Grösseres erreichen lässt und, wie die Entwicklung zeigt, auch erreicht werden kann. Mit der Ausgestaltung der Wohlfahrtsgesetze kämpft die amerikanische Arbeiterschaft um die Eroberung neuer sozialer Stützpunkte. Sie kämpft im Augenblick vor allem darum, neben die Altersversicherung eine Arbeitslosenversicherung und darüber hinaus ein Bundessozialwerk zu setzen, das auch dem amerikanischen Arbeiter endlich die Rechte und Sicherheiten gibt, auf die er als Mensch und Staatsbürger Anspruch hat.

---

SPD. Wie notwendig eine Verkürzung und gleichmässige Gestaltung der Arbeitszeit im Bergbau geworden ist - am kommenden Freitag werden darüber im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen stattfinden - zeigt die Tatsache, dass Ende März allein im Ruhrkohlengebiet rund 204 000 Beschäftigte und 123 000 Arbeitslose Bergarbeiter vorhanden waren. Auf nicht ganz zwei beschäftigte Bergleute des Ruhrgebietes kommt danach ein Arbeitsloser.

Die Unternehmerpresse ist auch jetzt noch gegen die Einführung der Vierzigstundenwoche. Da ihr hieb- und stichfeste Argumente fehlen, verwickelt sie sich in Widersprüche. Sie behauptet, dass die Selbstkosten durch die Vierzigstundenwoche gesteigert würden, betont aber auf der andern Seite, die Einführung der Vierzigstundenwoche sei überflüssig, da ja der durch die zahlreichen Feierschichten stark gesunkene Beschäftigungsgrad praktisch bereits der Vierzigstundenwoche gleichkomme. Wenn wir die Vierzigstundenwoche schon haben, dann kann ihre Einführung doch unmöglich die Selbstkosten steigern.

---

SPD. Auf der Marinewerft in Wilhelmshaven haben sich infolge der Sabotage der Werftleitung in der Durchführung der Vierzigstundenwoche schwere Unstimmigkeiten ergeben. Die Werftleitung hat - angeblich zur Einhaltung bestimmter Termine - einen Teil der Belegschaft 40 Stunden, einen anderen 48 und einen dritten sogar 56 Stunden (einschliesslich Sonntagsarbeit) arbeiten lassen. Dieses unterschiedliche Arbeiten war für nationalsozialistische Elemente, die sich vor einem Abbau sicher fühlten, ein willkommener Anlass, um die überwiegend freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft durcheinander zu hetzen. Die Belegschaft der Werft sah sich daher gezwungen, durch ihren Betriebsrat bei der Werftleitung die Rückkehr von der 40-Stundenwoche - man arbeitete bereits sieben Monate verkürzt - zur 48-Stundenwoche zu verlangen. Ferner wurde die Werftleitung ersucht, keine Entlassungen vorzunehmen, der unsinnigen "Terminwirtschaft" ein Ende zu bereiten und mehr als bisher bei der Vergabe von Arbeitsaufträgen die Reichswerft in Wilhelmshaven vor den Deutschen Werken in Kiel zu berücksichtigen.

Die Rückkehr zur 48-Stundenwoche gefährdet die Beschäftigung von 800 bis 900 Werftarbeitern. Von der Reichsregierung erwartet daher die 5 900 Mann starke Arbeiterschaft der Werft, dass die 40-Stundenwoche alsbald gesetzlich eingeführt wird.

---